

Statistik der Gesetzgebung – Überblick 17. Wahlperiode

Stand: 9.7.2010

1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	167
Regierungsvorlagen	63
Gesetzesanträge von Ländern	42
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
Initiativen des Bundestages	62
2. Beim Bundestag eingebracht	143
Regierungsvorlagen	56
Initiativen des Bundesrates	25
Initiativen des Bundestages	62
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	2
CDU/CSU, FDP	12
SPD	18
DIE LINKE	10
Bündnis 90/Grüne	19
3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt	108
4. Vom Bundestag verabschiedet	50
Regierungsvorlagen	35
Initiativen des Bundesrates	2
Initiativen des Bundestages	11
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	10
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0

Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	2
5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse	50
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	0
6. Vermittlungsverfahren	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	2
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	2
Anrufungen durch den Bundesrat	2
Anrufungen durch die Bundesregierung	0
Anrufungen durch den Bundestag	0
7. Verkündungen	16
als zustimmungsbedürftig verkündet	7
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	9
Regierungsvorlagen	12
Initiativen des Bundesrates	0
Initiativen des Bundestages	4
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	0
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	4
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.